

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Dr. K. K. K. K., Dresden, und G. G. G. G., Leipzig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Muskau und Dresden-Altkath.

Seitenspreis einschließlich Bringerlohn in der 41. Woche vom 6. bis 12. Oktober 44.000.000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 9.000.000 M., Einzelnummer 8.000.000 M., — M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schiffverteilung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließelzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Kompartimentszeile 135 M., die 90 mm breite Anzeigenzeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schließelzahl: 100.000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverteilung 8000.000 M.

Nr. 234

Dresden, Sonnabend den 6. Oktober 1923

34. Jahrg.

Die proletarische Front in Sachsen

Dresden, 6. Oktober. Die Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der sozialdemokratischen und der kommunistischen Landtagsfraktion und den Parteiführern, die am Freitag nachmittag aufgenommen wurden, haben einen erfolgversprechenden Verlauf genommen. Es wurde Übereinstimmung im Wesentlichen erzielt.

Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Es ist Aussicht vorhanden, daß der Eintritt der Kommunisten in den nächsten Tagen erfolgt.

Die Verhandlungen mit der K. P. D.

Für die Verhandlungen mit der K. P. D. haben Landtagsfraktion und Landesarbeitsausschuß der S. S. P. D. folgendes

Regierungsprogramm

aufgestellt: Zur Vorbereitung der Wahlen der sächsischen Regierung tritt die K. P. D. in diese Regierung ein.

Die staatspolitische Grundtatsache des gemeinsamen Wirkens der S. S. P. D. und der K. P. D. in der Regierung bildet die Reichs- und Landesverwaltung.

I.

Das Ziel der gemeinsamen Arbeit ist die Befestigung der Republik und die Besserung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung. Innerhalb dieses Rahmens wird die Reform der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage erstrebt. Als Vorstufe dazu ist der planmäßige Ausbau und die Erweiterung der Staatsbetriebe einzuleiten. Zur Erreichung dieser Ziele fordert die S. S. P. D. die vollständige Republikanisierung der Landesverwaltung und ihrer Leitung durch unabhängig verantwortliche republikanische Offiziere. Alle illegalen, anti-republikanischen Verbindungen sind zu verbieten. Die proletarischen Gewerkschaften sind als Abwehrorganisationen gegen die Feinde der Republik auszubauen, ihre Verwendung für den Schutz der Republik ist vorzubereiten. Der Staatsapparat ist von allen republikfeindlichen Elementen zu befreien.

II.

Wesentlichste Aufgabe für die Besserung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung ist die energische Durchführung und Anwendung der neuen sächsischen Verordnung gegen die Stilllegung von Betrieben und, soweit es im Machtbereich des Staates liegt, die Arbeitsbeschaffung, ferner der Ausbau der produktiven Erwerbslosenfurhilfe, insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungsbaus. Zur Verwirklichung dieser Ziele sind die von der sächsischen Regierung zugelassenen Kontrollausschusse im Rahmen des Reichsrechts mit allen Befugnissen auszurüsten, die eine wirksame Erfassung des Wunders gewahleisten.

Zur Sicherstellung der Ernährung sind durchgreifende Maßnahmen zu treffen, darunter Abkommen mit andern Ländern über Lieferung von Lebensmitteln.

Der Reich ist im Rahmen des Landessteuerrechts aufscharfste zu besteuern; vor allem ist ein Grundsteuerrecht nach dem gemeinen Wert zu schaffen.

III.

Von der Reichsregierung fordert die S. S. P. D. durchgreifende Republikanisierung der Reichswehr, ihre Säuberung von reaktionären Offizieren, sowie schärfste Anwendung der republikanischen Schutzgesetze, schärfste Bekämpfung des Betruges und Erfassung der Sachwerte; gefestigte Festlegung des Achtstundentages, Ausbau der Befugnisse und Rechte der Betriebsräte, weitestgehenden Ausbau der produktiven Erwerbslosenfurhilfe, vor allem durch die Förderung des Wohnungsbaus, ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, Sozial- und Rentenreform.

IV.

Zwischen S. S. P. D. und K. P. D. wird eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Diese Arbeitsgemeinschaft hat alle Vorlagen und Entwürfe der Regierung und beider Parteien vor ihrer Erledigung im Plenum durchzubearbeiten.

Mit den sozialistischen Regierungen anderer Länder ist eine enge Verbindung herzustellen.

V.

Außerhalb dieses parlamentarischen Programms wird das selbstständige Handeln beider Parteien gewahleistet.

Ein Beschluß der Zentrale der K. P. D. für die Mitarbeit in den Regierungen

Von der Zentrale der Kommunistischen Partei ist folgender Beschluß gefaßt worden: „Angesichts der großen Gefahr, die dem deutschen Proletariat und vor allem der sächsischen und thüringischen Arbeiterklasse droht, die das erste Anzeihsymbol des Faschismus bildet, hat die Zentrale der K. P. D. beschlossen, alle Bedenken zurückzulassen und in die thüringische und sächsischen Regierungen einzutreten, um gemeinsam mit den thüringischen und sächsischen Sozialdemokraten die Arbeiterklasse vor die Gefahr der faschistischen Gefahr zusammenzuschließen. Die Zentrale der K. P. D. ist davon überzeugt, daß die gesamte Arbeiterklasse im Reich die sächsischen und thüringischen Regierungen verteidigen und verhindern wird, daß die Faschisten die sächsischen und thüringischen Arbeiterklasse niederzuschlagen.“

Wir haben so manchen Strauß mit den Genossen von der K. P. D. ausgefochten. Trotzdem begrüßen wir aus wärmstem Herzen den Beschluß der Zentrale der K. P. D. Es ist immer unser Ziel gewesen, das Zusammenarbeiten mit der S. S. P. D. möglichst eng zu gestalten, weil nur dann, wenn die Arbeiterklasse einig und geschlossen zusammensteht, die Erfolge erzielt werden können, die wir im Interesse der arbeitenden Massen erreichen müssen. Es besteht jetzt die Aussicht, daß die Verhandlungen, die mit der S. P. D. über ihren Eintritt in die sächsischen Regierungen geführt werden, Erfolg haben. Unser Wunsch ist, daß der Eintritt der Kommunisten in die sächsischen Regierungen der erste Schritt zur endgültigen Vereinigung der beiden proletarischen Parteien in Deutschland sein möge, wie ja auch durch die gemeinsame Arbeit von U. S. P. und S. P. D. in der sächsischen Regierung die Einigung dieser beiden Parteien vorbereitet wurde.

Die Begründung

Die gestern bereits berichtet wurde, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihrem Vorstand im Laufe des Freitagvormittags Vollmacht zu Verhandlungen gegeben, die darauf hinauslaufen, unter Wahrung unserer Prinzipien den Versuch zur Neubildung der großen Koalition zu machen. Die Gründe, von denen die Fraktionsmehrheit bei diesem Beschluß geleitet wurde, legt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst in folgendem Artikel dar:

Als die Sozialdemokratie vor sechs Wochen die Beteiligung an einer Regierung der großen Koalition trotz schwerer Bedenken beschloß, war sie von der festen Absicht befeuert, dieser auf breiter parlamentarischer Basis beruhenden Regierung nach Möglichkeit eine lange Lebensdauer zu geben. Hätten wir die Absicht gehabt, schon in wenigen Wochen wieder aus der Regierung auszutreten, dann wäre es überhaupt überflüssig gewesen, erst den Versuch mit der großen Koalition zu machen, die von breiten Kreisen des Volkes als einzige Möglichkeit zur Rettung der Reichswehr betrachtet wurde. Das so eingegangene Kompromiß war nicht Selbstzweck, sondern fand die Zustimmung der Fraktion, um nach bestem Wissen und Gewissen unserer Sache zu dienen. Soweit die Verhältnisse es gestatteten, ist das geschehen. Denn sicher ist heute u. a., daß ohne den Genossen Gollmann im Reichsministerium des Innern die künstlerischen Vorgänge sächsisch doch zu dem ausgeartet wären, was mit ihnen begreift war. Ohne Gollmann müsste die Umzingelung Berlins, der Sturz der Republik durch die rechtsradikalen Putzschichten gelingen, nicht weil Herr Gollmer und Dr. Stresemann das wollten, sondern weil insbesondere dem Reichswehrminister die Stütze zu einer energiegelohnten Tat fehlte, die er schließlich in Gollmann fand. Aber trotz aller Vorteile, die immer durch eine Mitarbeit in der Regierung gegeben sind, müsste schließlich für uns die Beteiligung an der großen Koalition aufhören, als der schwerindustrielle Flügel der Volkspartei Anprufe an die Sozialdemokratie stellte, die wir als dem Volkinteresse widersprechend betrachteten müssten. Denn es war und bleibt ein Wahnsinn, den Reichstagsbeschluss aufzuheben, die Arbeiter zu einem geschwandigen Arbeitstag zu zwingen, während Tausende und Abertausende auf der Straße liegen und der Staatskasse zur Last fallen.

Die Möglichkeit einer neuen Beteiligung an der großen Koalition unter erträglichen Voraussetzungen wurde durch die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber den Forderungen der Volkspartei nicht ausgeschlossen. Wir haben immer wieder betont, daß es in dieser schwierigen Zeit auch die Pflicht der Arbeiterklasse ist, tatkräftig an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes innerhalb und außerhalb der Regierung mitzuwirken, wenn hierzu die notwendigen Voraussetzungen geschaffen sind. Sicherlich hat die Volkspartei in diesen Tagen neben ihrem Verrat an Vaterland einen Beweis der Unhaltbarkeit geliefert, der es uns wahnsinnig nicht leicht macht, weiterhin mit ihr zusammenzuarbeiten. Aber in der Politik und insbesondere im gegenwärtigen Augenblick darf nicht das Befehl, sondern nur die Vernunft maßgebend sein, und im Vordergrund aller Erwägungen muß die Frage stehen: wie können wir unserm Volke dienen, wie vermögen wir insbesondere der Arbeiterklasse zu helfen und was ist zu tun, um den Bestand der Republik zu sichern? Niemand kann den Beweis führen, daß die praktische Beantwortung dieser Fragen besser möglich ist, wenn wir außerhalb der Regierung stehen. Vergessen wir nicht, daß derjenige, der an der Quelle sitzt, die Gewalt hat, daß schließlich er bestimmt, und nicht derjenige, der von draußen hereintritt, um gute Ratschlage zu erteilen und Wünsche zu aufern. Seit 1918 haben wir das immer und immer wieder erfahren müssen! Vielleicht wäre die Republik heute nicht mehr, wenn die Sozialdemokratie in der preussischen Regierung keinen Einfluß besaße.

So oft die Sozialdemokratische Partei in eine Regierung eintrat, hat sie nicht daran gedacht, das unter Verzicht auf ihre Grundfahre zu tun. Aber schließlich können doch einmal Zeiten kommen, in denen selbst Grundfahre keinen Wert mehr haben, in denen manches zurückgestellt werden muß, um die Vorbedingungen zur Verwirklichung unserer Ziele schaffen und sichern zu helfen. Wir wollen damit nicht behaupten, daß im Augenblick gerade die Sozialdemokratie ihre Grundfahre opfern soll. Aber wie gehen wohl zu bedenken, daß die Verwirklichung unserer Ideen ohne den Fortbestand des Reiches, ohne die Erhaltung der Republik nicht mehr möglich ist. Gegenwärtig aber sind Reichseinheit und Republik in ihrer Existenz bedroht. Die Rechtsradikalen warten auf den Augenblick, in dem sie mit Gewalt unsere Verfassung zu Grunde tragen können, und im Westen Deutschlands stehen die Sonderlandler bereit, die Rheinische Republik auszurufen. Das Signal zu alledem aber wird gegeben durch eine Auflösung des Reichstags, der unfähig, eine Regierung zustande zu bringen und sich so als überflüssig erweist.

Es gilt deshalb im Augenblick, die Republik retten zu helfen, um weiterhin für unsere Ideen werben zu können. Deshalb könnte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegenwärtig nicht das Befehl über die Vernunft walten lassen und die Neubildung einer Regierung der großen Koalition unter allen Umständen ablehnen. Nein, als Träger der Republik ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, einem vernunftigen Kompromiß zuzustimmen!

Wir haben in unserm gestrigen Leitartikel schon betont, warum wir eine erneute Beteiligung der Sozialdemokratie an einem Koalitionskabinet, das von der Volkspartei abhängig ist, für falsch halten. An dieser unserer Auffassung können auch die Darlegungen des Parlamentsdienstes nichts

Rückkehr der großen Koalition

Berlin, 6. Oktober. (Fig. Draht.) Reichstag. Im Verlaufe der vierstündigen Verhandlung, die in der letzten Zeit von den Sozialpolitikern der bisherigen Koalitionsparteien und den Parteifuhren geführt wurde, ist eine Vereinbarung zustande gekommen, die den Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durchaus entspricht. Man einigte sich zunächst dahin, die Arbeitszeitfrage aus dem Ermächtigungsgesetz auszuschießen und im übrigen auch sozialpolitische Fragen nicht in dieses Gesetz einzufassen. Sie sollen auf dem geschiedlichen Wege und nicht auf dem Wege der Verordnung allgemein geregelt werden. Der wesentliche Abfall der Vereinbarungen über die Arbeitszeitfrage hat folgendes Wortlaut:

„Die schwere Not unseres Landes läst eine Steigerung der Guterzeugung dringend geboten erscheinen. Das wird nur unter erhöhter Leistungsausnutzung der technischen Erzeugnisse sowie organisatorischer Verbesserungen unserer Wirtschaft und emsiger Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als normalen Arbeitstages nicht zu umgehen sein. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, im Gesetz zum Schutz der jetzigen Arbeitszeit eine Steigerung der Produktion zu fördern.“

Für die öffentliche Verwaltung finden ähnliche Grundfahre Anwendung. — Diese Vereinbarung, der auch die Vertreter der Volkspartei Hugo und Albrecht zustimmten, führt sich auf die Note vom November vorigen Jahres, die bekanntlich die Zustimmung der Sozialdemokratie fand. Sie ist vielleicht noch besser als die Novembernote.

Der Reichskanzler wird wahrscheinlich schon heute noch gegen 12 Uhr seine Programmserklahrung vor dem Reichstag abgeben, nachdem er die Zustimmung aller Fraktionen zu den Vereinbarungen im Besitze hat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tagt zur Zeit. Es ist anzunehmen, daß sie mit großer Mehrheit den Vereinbarungen zustimmt.

Das Kabinet wird dann im wesentlichen seine bisherige Zusammenfassung behalten, lediglich für das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsfinanzministerium sind andere Personalitaten, die als radikale Republikaner gelten, vorgesehen. Das Finanzministerium soll, wie der Reichskanzler bestimmt hat, der Direktor der Darmstädter Bank, Schacht, übernehmen, während für das Wirtschaftsministerium nach der Ansicht des Reichskanzlers Radebecher in Frage kommt. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich mit dieser Zusammenfassung des Kabinetts nicht ohne weiteres zufrieden geben, da sie der Auffassung ist, daß sie als starfste Fraktion mindestens 4 Sitze zu beanspruchen hat. Es ist anzunehmen, daß dieser Wunsch auch respektiert wird, zumal der Reichskanzler auch entsprechend zugesagt hat.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt zu

Berlin, 6. Oktober. (Fig. Draht.) 10,15 Uhr. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte der in der Nacht getroffenen Vereinbarung mit großer Mehrheit zu. Sie verlangt jedoch für das neue Kabinet und zwar besonders im Wirtschafts- oder Finanzministerium das Amt eines Staatssekretärs.

Morgen Sonntag kassieren die Beitragskassierer die 39. und 40. Woche!

Für die Sozialrentner

Uns wird geschrieben: Das sächsische Arbeitsministerium hat unter dem 20. September durch das Amt für die Sozialrentner eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, betreffend Notlage der Sozialrentner. Es heißt darin:

Anfang des Monats September sind auf Veranlassung der Reichsregierung an Sachsen zur Wahrung der Rechte der Sozialrentner der Zivilisten- und Angehörtenversicherung 164 888 650 000 M. überwiesen worden. Diese Mittel sind anordnungsgemäß an die Gemeinden verteilt worden und von diesen ausschließlich zur Erleichterung der Beschaffung einer bestimmten Menge Hausbrandkohle für Sozialrentner zu verwenden gewesen.

So gut diese Maßnahme gemeint war, so wenig wirkungsvoll ist sie doch gewesen.

Denn das Geld ist ausdrücklich als Vorbehalt auf die künftigen Reichsanleihe der laufenden Aufwendungen anzusehen, und bei künftigen Erleichterungen wird regelmäßig ein entsprechender Teil des Vorbehalts in Anrechnung gebracht. Daher werden auch die künftigen Fürsorgeleistungen bei den Hilfsorgansmitgliedern, zu deren Sammlen der Vorbehalt verwendet worden ist, entsprechend zu kürzen sein. Wie schon durch diese Art der Verteilung die Wohlfahrt wesentlich abgeschwächt, so ist weiter zu bedenken, daß die Summe von 164 1/2 Milliarden für Sachsen dem damit beabsichtigten Zweck hinreichender Kohlenbeschaffung gar nicht entsprechen konnte, weil bei rund 2000 unterstützten Sozialrentnern auf die Person durchschnittlich etwa 2 Millionen Mark entfallen, die einer Hausbrandkohlenmenge von damals höchstens 50 Pfund — und dabei ist noch der Wert preis angenommen — entsprechen. Die vom Reichsarbeitsministerium in seinem Schreiben vom 29. August 1923 erwähnte Höchstmenge von 15 Zentner Kohlen konnte also, auch unter Hinzurechnung des vorgeschriebenen Gemeindeanteils, in alle Wege nicht erreicht werden. Es kommt hinzu, daß inzwischen durch weitere gestaltete Steigerung der Kohlenpreise infolge der Berechnung der Werkpreise in Goslar die Kohlen immer teurer geworden sind — nach einer heutigen Zeitungsnotiz beträgt der Kleinverkaufspreis für Preiße 42 800 000 M. der Zentner, es kosten also jetzt 50 Pfund schon 21 400 000 M., so daß die Notlage der Sozialrentner kaum nennenswert gebessert worden ist.

In ähnlicher schlimmer Lage wie bei der Beschaffung der Kohle befinden sich die Sozialrentner bei der Beschaffung der notwendigsten Nahrungsmittel und vor allem der Kartoffeln.

Das Arbeitsministerium bittet deshalb, mit Beschleunigung beim Reichsarbeitsministerium anzugehen, daß den Sozialrentnern, ähnlich wie im vorigen Jahre, eine außerordentliche Notstandsunterstützung von Reichs wegen zur Beschaffung der für den Winterbedarf erforderlichen Vorräte, zum mindesten von Kohlen und Kartoffeln, zuteil wird.

Wenn es ermöglicht werden könnte, daß — ähnlich wie es das Arbeitsministerium bei der Erwerbslosenfürsorge vorgeschlagen hat — jeder Unterstützungsempfänger durchschnittlich 5 Zentner Kartoffeln und 5 Zentner Kohlen erhielte, so würde eine wirklich fühlbare Erleichterung für die Sozialrentnerempfänger eintreten. In Sachsen wird eine solche außerordentliche Notstandsunterstützung bei einem Preise von schätzungsweise 45 Millionen Mark für einen Zentner Kartoffeln bzw. Kohlen und bei einer Empfängerzahl von rund 88 000 Personen etwa 44 Millionen Mark Kosten verursachen. Dieser Betrag wird, um einer abermaligen Ungünstigkeit wegen Geldentwertung vorzubeugen, in dem Maß zu erhöhen sein, in dem die jetzt geltende Reichsschuld von 14 244 000 sich zur Zeit der Bewilligung bzw. Auszahlung erhöht haben sollte.

Um aber die Verteilung der Mittel gerecht zu gestalten, erscheint es erforderlich, daß sie vom Reich bis zu den Gemeinden herab, nicht nach der Zahl der Unterstützungsempfänger, sondern nach der Höhe der laufenden Unterhaltungen erfolgt. Denn nur dann kann jeder Empfänger das erhalten, was er nach dem Grade seiner Bedürftigkeit benötigt.

Herner wird ersucht, auch bei dieser Gelegenheit anderweit die Forderung auf Erhöhung des Reichsanteils an der Unterstützung von 20 auf 30 v. H. zu betreiben. Die Gemeinden, die ausnahmslos über keine nennenswerten Einnahmen verfügen, sind ebenso wie das Land, bei der fortwährenden Geldentwertung nicht mehr in der Lage, den Gemeindeanteil vom bisherigen Umfang zu tragen, und es dürfte nur im Interesse einer ordnungsmäßigen Durchführung der Sozialrentnerfürsorge liegen, wenn das Reich die Lasten der Gemeinden und des Landes verringern würde.

Sachsen

Rein Zivilkommissar für Sachsen

Der sächsische Regierung ist vom Wehrkreiskommando 4 unterm 3. Oktober folgendes Schreiben zugegangen: Der Reichswehrminister (See) Nr. 711. S. 2. L. 1 III. Berlin, den 20. September 1923.

Von verschiedenen Landesregierungen ist der Wunsch geäußert worden, für ihr Gebiet einen eigenen Regierungskommissar zu ernennen. Dieser Wunsch entspringt dem berechtigten Verlangen, nur solchen Persönlichkeiten einen Einfluß auf die internen Angelegenheiten der Länder zugewiesen, die mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sind.

Es liegt hier jedoch offensichtlich eine nicht ganz zutreffende Beurteilung des Wesens des militärischen Ausnahmezustandes und insbesondere der Aufgaben des Regierungskommissars vor. Der militärische Ausnahmezustand soll für Zeiten gespannter Lage die sonst fehlende Reichsregulativ schaffen.

Die Interessen der Länder werden hierbei dadurch am besten gewahrt, daß die Militärbehörden und die Landesregierungen in engem unmittelbarem Anvernehmen arbeiten. Die Militärbehörden haben entsprechende Anweisung und es wäre nur erwünscht, wenn auch die Landesregierungen ihrerseits engste Fühlungnahme mit den Militärbehörden anstreben würden.

Die Tätigkeit des Regierungskommissars liegt auf einem ganz anderen Gebiet; sie hat mit dem Verhältnis der Landesregierungen zu den Militärbehörden nichts zu tun.

Der Regierungskommissar — der ein Organ des Reichs ist — vertritt weder die Interessen eines bestimmten Landes, noch berät er den Militärbehörden bei Maßnahmen, die ein bestimmtes Land angehen. Er vertritt in verwaltungsmäßigen Fragen den Militärbehörden gegenüber lediglich ganz allgemein die Interessen der zivilen Auffassung.

Die Ernennung von besonderen Regierungskommissaren für die einzelnen Länder ist deshalb nicht möglich, sondern sie kann nur für das gesamte Gebiet eines Militärbezirks in Betracht kommen.

Im Entwurf. Geg. Dr. Wegler.

Die Gründe, die der Herr Reichswehrminister Gehler angibt, erscheinen uns wenig stichhaltig. Der Zivilkommissar soll, so heißt es, die Interessen der zivilen Auffassung gegenüber den Militärbehörden vertreten. Nun gut, wenn man in andern Teilen Deutschlands einen Zivilkommissar bestellt, wenn man in Bayern Herrn v. Rohr neben dem Militärbehörden seines Amtes walten läßt, warum gerade im Wehrkreiskommando IV seinen Vorgesetzten der Interessen der zivilen Auffassung. Daß sich das Wehrkreiskommando IV über das Gebiet mehrerer Länder erstreckt, braucht doch kein Veränderungsgrund zu sein. Macht wirklich der Herr Gehler, daß die Bevölkerung in Braunschweig, Anhalt oder in der Provinz Sachsen rebellieren würde, wenn hier in Dresden ein Zivilkommissar beim Wehrkreiskommando IV bestellt wird? Dieser Zivilkommissar könnte sich ja leicht mit den Regierungen und Behörden außerhalb Sachsens in Verbindung setzen. Bei gutem Willen könnte man also sehr gut hier in Dresden einen Zivilkommissar ernennen. Man will nur deshalb nichts davon wissen, weil man unter keinen Umständen einen Angehörigen der wenig genehmen sozialistischen Regierung Sachsens als Zivilkommissar haben will. Deswegen die Ausflüchte des Herrn Gehler, die auf den ersten Augenblick als leere Ausreden zu erkennen sind.

Zum Fall Raumann

erhalten wir vom Bund sächsischer Staatsbeamten folgende Zuschrift:

Der Tel.-Union-Sachsenbienst berichtet die Nachrich in der Tagespresse, daß die Verletzung des Schwesernhausleiters in Arnshorst, Geh. Rat Raumann, in den einwilligen Aufstehen auf den Willen des Bundes sächsischer Staatsbeamten zurückzuführen sei, dem die sächsischen Schwesern wegen ihres teilweise unbeschränkten aus dem Bund sächsischer Staatsbeamten ein Dorn im Auge seien. Der Bund sächsischer Staatsbeamten legt gegen diese Unterstellung der erwähnten Zeitungskorrespondenz Beschwerde ein. Personalpolitische Angelegenheiten gehören nicht zur Zuständigkeit des Bundes und von diesem Gesichtspunkte hat er sich stets leiten lassen. Daraus ergibt sich, daß er keine Schritte zum Zwecke der Inanspruchnahme des Schwesernhausleiters unternehmen konnte und auch nicht unternommen hat. Die Regierung würde sich eine derartige Einmischung des Bundes in ihre Angelegenheiten mit Recht verhehlen haben. Von anderer Seite ist diese Meldung mit dem Hinweis versehen worden, daß der Bund eine bzw. die sozialdemokratische Beamtenvereinschaft sei. Das ist eine Unwahrheit.

Ich nicht so aus, wie jene Ewiggläubiger es sich dachten. Sie wollten nicht das Gold, das noch zu bergen war, mit Menschenblut bezahlen. Sie wollten ihre Welt Herrschaft nicht mit Granaten bauen. Sie konnten nicht in heißer Eile nach heute schnappen. Ihr Vaterland sah anders aus. Ein kleines Haus, ein gutes Weib und Kinder, die braune Scholle, die sie näherte, und freundschaftlicher Rauch und Handel mit dem Bruder, der nicht den Acker pflügt, doch an Maschinen Sensen schärft. Dies Vaterland bedroht niemand.

Und fester nagt die Sehnsucht an der Seele, wenn über ihr Sedenken der Klang von Kirchenglocken tönt, wenn sie in vorgeläuteter Festtagsreinheit sich in dem Schmutz der Alltagsjode wunden, bei ihrer Erbarkeit gepuhle Frauenköpfe über ihre Schulter blicken sehen und laute Kaffeekonsumenten aus fahrenden Granaten rauschen hören.

Der Mann im Stollen, der Muskelier im Arealtrichter und der Bedienungsmann der Batterie sind heute besser dran. Sie kennen nicht das Sonntagsheim. Sie merken nichts davon, daß dieser Tag drei Stunden ab vom Tod als Feiertag komödiantisch gehelligt wird, daß man ihn ausstaffiert mit Gottesdienst und andern Dingen, daß er das Herz durchdringt, daß alle Sehnsucht wächst bis zur Verzweiflung.

Der Tag, der fern von allem Kampf als Sonntag eingekläutet wurde, war herbstlich kühl. Es hatte noch geregnet. Die Sonne kämpfte noch mit grauen Wolken und sank erschöpft in immer neue Finsternis. Der Wind lief frisch durch alle Wipfel und löste strichweise Regen aus den Zweigen. Er hatte sich im Blättermeer verfangen und worf die Kronen durcheinander, daß man die gelben Flecke des September im dunklen Laub des Sommers leuchten sah.

Es war ein Tag, an dem die Seele leise weinen will, an dem dem piehigsten der Erdenbürger sich ein Gefühl der Reue und eigenen Erbärmlichkeit, des rostlos um sich greifenden Vergehens bemächtigt, an dem er sich vergeblich an der drohend aufgestellten Frage: Wo gehst du hin? vorbeizuschlingeln sucht. Doch der Philister! Nach kurzem Kampf, in dem sein Herz ihn zu besinnen lehnt, springt er gelassen wieder auf und endet seinen Stranz mit einem Nuck auf dieses schickte Wetter. Und er bleibt Sieger. Er wäre sonst nicht der Militär.

Der Bund sächsischer Staatsbeamten ist — ebenso wie seine Spitzenorganisation, der Allgemeine deutsche Beamtenbund — parteipolitisch neutral. Die parteipolitische Neutralität ist in der Satzung des Bundes sächsischer Staatsbeamten wie in der Satzung des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes ausdrücklich festgelegt.

Gegen die Kartoffelverarbeitung

Das Wirtschaftsministerium hat beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beantragt, die Verarbeitung von Kartoffeln, die zum menschlichen Genuß tauglich sind, zu Mägen, Malz oder Stärkemehl bis auf weiteres zu verbieten und überdies das Brennkontingent einzuschränken.

Dresdner Chronik

Der Blinde und das Papiergeld

Er geht jeden Mittag ins Volkshaus, um sein einfaches Mittagessen einzunehmen. Mit der Eße seines Stodes die Käuferreihe abtastend, strebt er mit bewundernswürdiger Sicherheit seinem Ziele zu. An gefährlichen Straßenkreuzungen führen ihn mildeidige Passanten hinüber. Auch beim Eintritt durch die Doppeltür, beim Suchen nach der Essenausgabe helfen ihm freiwillige Führer. Nach Empfang seiner Schlüssel sind hilfsreiche Hände bereit, ihm ein leeres Plättchen zu verschaffen.

Schwierigkeiten macht ihm das Bezahlen. Wieder hat er neue, ihm unbekannte Scheine, ungewohnte Größen und Formate in die Hand bekommen, die er trotz aller Mühe und auch mit keinem feinsten Laßinn zunächst nicht voneinander unterscheiden kann. Wieder sind Helfer bereit, dem Blinden die Werte der Scheine und ihre Ausgabestelle zu erklären, und er läßt die Scheine prüfend durch die Finger gleiten und sucht ihre Größe und Form seinem Gedächtnisse einzuprägen.

Wie leicht war es für ihn früher, durch einfaches Befühlen die Rängen zu erkennen, den glatten Zehner vom am Rande gerippten Fünziger, die kleinere Mark vom größeren Zweimarkstück zu unterscheiden. Wie leicht und sicher wußten die feinfühligsten Finger die hochgeprägte Wertziffer der Münzen festzustellen. Dann kam der Papiergeldnot; vom kleinen Markschein bis zum mehrstelligen Millionenchein!

An einzelne Scheine, ältere oder doch schon länger umlaufende Ausgaben hat der Blinde sich schon ziemlich gewöhnt. Freilich die Farbzusammenstellung kann er nicht fühlen. Steht ihm beim Einnehmen und Ausgeben von Geld nicht ein Führer zur Seite, so ist er lediglich auf die Ehrlichkeit seiner Mitmenschen angewiesen. Da sucht er durch Betasten, durch wiederholtes Durchgleiten der Scheine durch die Finger, gewissermaßen durch ein Abmessen ihrer Längen und Breiten sich gewisse Merkmale einzuprägen. So weiß er die langen schmalen Zehntausender von den fast gleich breiten, doch kürzeren Zwanzigtausendern mit ziemlicher Sicherheit voneinander zu unterscheiden. Schwieriger ist die Unterscheidung der Zehntausender von den Fünzigtausendern, die als Schmutz die Bildnisköpfe tragen. Der Größenunterschied dieser zwei Scheine ist so gering in Länge und Breite, daß schon ein außerordentlich feines Laßgefühl dazu gehört, sie unterscheiden zu können.

Und hat er sich endlich an die Scheine gewöhnt, fennen seine Finger das papierenes Geld, so zwingt ihm die schwellende Inflation neue Scheine in die Hand. Millionencheine — bald werden es Milliardencheine sein. Und wieder steht der Blinde da, fühlend, tastend, ratlos.

Als ich ihn sah, schien er mir das Symbol seines Volkes zu sein, das blind, tastend, ratlos einem unbegreiflichen Schicksal ausgeliefert ist.

Das neue Stadthaus Theaterstraße

Nach einer etwa 16monatigen Bauzeit ist das an der Theaterstraße, hinter dem Schauspielhaus, gelegene neue Stadthaus nunmehr fertiggestellt, so daß es bereits in diesen Tagen von den dafür in Betracht kommenden städtischen Geschäftstellen bezogen werden konnte. Die offizielle Uebergabe des Gebäudes wird am nächsten Montag erfolgen. Was diesem Anlaß fand heute Sonnabend früh eine Besichtigung des Stadthauses durch die Vertreter der Presse statt.

Der Neubau liegt dicht am größten Verkehrszentrum, dem Postplatz, und ist als erstes Glied zur Erschließung des Geländes zwischen Ostka-Allee und Wettinerstraße gedacht, gewinnt also mit dem kommenden Durchbruch der Grünen Straße und des Herzogin-Portens die ihm zugebachte Bedeutung.

Der Schwärmer von Bazancourt

Von Otto Zhelemann

Die Sprengungen des Bahndamms, die Nacht für Nacht erfolgten, ließen den Dorfbewohnern keine Ruhe. Sie zitterten und fürhten, daß in dem dumpfen Krachen das Unheil näher kam.

Soldaten kammern sich nicht um die Lage. Sie leben heute so wie gestern und morgen so wie heute. Ein Sonntag hat für sie kein andres Gesicht als jeder Werktag. Sie hören von dem Feind nur durch die Dorfbewohner. Trotzdem auch die Freuden eines Sonntags nicht mehr kennen, seine Gewohnheiten behielten sie noch weiter, und seine ungedruckten Befehle wurden noch erfüllt. Sie tragen ihre Festtagskleider, verrichten keine harte Arbeit und geben Gott die Ehre. Die Männer sehen neue Mützen auf, gehen in blankgeputzten Stiefeln und stellen ihre Reugier an den Houn. Und an dem Mißglang der Landbewohner, an blanken Stiefeln, bunten Blasen und neuen Mützen erkennt der deutsche Krieger — der brave Handwerksmeister, der Kaufmann oder der Gelehrte, die in der gleichen schmutzigen Tracht am Houn vorübergehen —, daß heute auch bei ihm die Kirchenglocken läuten, daß auch dabei die Arbeit ruht, und sich die breite, immer frohgestimmte Menge bei rauschender Musik und ausgelassenem Spiel vergnügt. Sie denken an die ausverkauften Kassen der Theater, an vollgestopfte Dunkelkammern, in denen sich dem Volk die volle Schönheit und der Talentsplan des scheinbar lebenden Hols entwickelt. Sie sehen die überfüllten Kaffeehäuser, besetzte Kellner, mit großer Mühe aufgetürmte Bierkränze, den weichen Faltenfluß der Seidenkleider und gleichnerisches Licht aus tausend Kronenlampen.

Dann wieder sehen sie liebe Menschen, die sich um sie in banger Sorge quälen, die nachts, von gräßlich ausgemalten Phantasien verfolgt, vom Schlaf gemieden werden. Es sind die Wenigen, die sich vertrauensvoll in ihre Hand gegeben, die ihren Schwur erwidern vor dem rauhen Teil des Lebens, und die nun wehrlos weinend jedem Angriff preisgegeben. Die sie verlassen mühten, um ... zu verteidigen ... für Vaterland? Nein! Nein! Millionen Nein! Ihr Vaterland

„Ich gehe langsam vor“, rief Vogelmann den Kameraden zu. Dann nahm er seinen Stahlschaber von der Wand und ging bedenklich Schritt für Schritt zur Tür hinaus.

Sie wußte jetzt um seine Liebe. Und er war froh darüber. Er hatte lange Zeit das Wort mit sich herumgetragen und nur, wo es gefallen war, war er doch überrascht, wie leicht der Mund von Liebe reden konnte. Die allzukleine Junge hatte oft mit eilig hingeworfenen Worten zwei Menschen fest verbunden, die ihren weiten Weg besser allein gegangen wären. Die goldenen Ketten, die sie über sich zu werfen glaubten, bedrückten schon nach kurzer Zeit wie Eisenfesseln ihre Seelen, und ob sie auch durch Sonnenschein und weiche bunte Wiesen schritten, sie wurden nimmer ihres Weges froh. Anders bei Vogelmann. Er war sich seiner Liebe sicher. Er, der zum ersten Male liebte, er hoffte, alle Last, die sich auf seine Schultern türmen würde, ganz mühelos zu tragen. Er rechnete mit jener Liebe, die nur der Jugend eigen ist, die immer währt und, wie der Glaube, Verze weiterwölgen kann.

Und sie, Dvonne, sie wußte, daß noch seiner Ausquartierung ihr nur ein seltsames Gedankens Spiel. Doch liebte sie ihn heiß und fast mit jener Sucht, die ewig unbefriedigtes Verlangen in ungezähmten Herzen wuchern läßt. Sie dachte an den blonden Mann, der ihre Mutterlaute so eigen stark und dessen Augen so treu und ehrlich blicken konnten, mit einem Sehen, das wie Feuer brannte.

Ganz räger hatte gestern durch sein Kommen die Antwort aberschritten. Ob er sie heute hören würde? Ein banger Zweifel drückte ihn.

Sein Auge überflog den Garten und die Fensterreihe, und freudige Ueberraschung trat in seine Züge. Dvonne stand an dem gleichen Fenster, an dem sie gestern bei seinem Eintritt saß.

Sie lächelte, als sie ihn erblickte. Die ausgewählte helle Bluse, ihr glattes schwarzes Haar und wie es Vogelmann durchsah, auch ihre Augen verrieten deutlich frohgestimmten Festtag.

Er trat ans Fenster und reichte ihr die Hand. Sie schlug auch ohne Hören ein.

„Der Großvater ist frohgegangen?“

„Ja, er ist nach der Kirche.“ (Fortsetzung folgt.)

